

Satzung der Partei Zukunft Deutschland (ZD)

Beschlossen am 10. Juni 2025

Gründungsversammlung, Düren

Für eine starke, gerechte und zukunftsorientierte Gesellschaft Diese

Die Satzung tritt mit ihrem Beschluss in Kraft.

Präambel

Die Partei Zukunft Deutschland (ZD) steht für eine starke, gerechte und zukunftsorientierte Gesellschaft. Unsere Werte gründen auf Demokratie, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Stärke und ökologische Verantwortung. Wir fördern die freie Entfaltung jedes Einzelnen in einer solidarischen Gemeinschaft und setzen uns für einen nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen ein.

1 Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

1. Der Name der Partei lautet Zukunft Deutschland (ZD).
2. Der Sitz der Partei befindet sich in Düren. Sitz der Partei ist Kölner-Land Str. 160, 52351 Düren.
3. Das Tätigkeitsgebiet umfasst die gesamte Bundesrepublik Deutschland.

2 Zweck und Ziele

1. Die Partei fördert die demokratische Willensbildung und wirkt aktiv an politischen Entscheidungsprozessen mit.
2. Sie setzt sich ein für:
 - eine gerechte und dynamische soziale Marktwirtschaft,
 - den Ausbau digitaler Infrastruktur,
 - eine nachhaltige und verantwortungsvolle Umweltpolitik,
 - Chancengleichheit in Bildung und Beruf,
 - soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

3 Mitgliedschaft

1. Mitglied kann jede natürliche Person ab 16 Jahren werden, die die Ziele der Partei unterstützt und sich mit den Vorstellungen und Ideen der Partei identifiziert.
2. Der Antrag auf Mitgliedschaft erfolgt schriftlich.
3. Mitglieder können bei Kommunalen Wahlen kandidieren, soweit sie deutsche bzw. EU- Staatsangehörige sind.
4. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod.
5. Ein Ausschluss ist bei Verstößen gegen die Satzung oder bei Schädigung der Partei möglich.
6. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand nach Anhörung des betroffenen Mitglieds. Das betroffene Mitglied kann das Schiedsgericht zur Klärung von Streitigkeiten anrufen.

4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Jedes Mitglied hat das Recht, an der politischen Arbeit der Partei mitzuwirken und an Abstimmungen teilzunehmen.
2. Mitglieder haben Anspruch auf umfassende Information und Transparenz über Parteivorgänge.
3. Mitglieder sind verpflichtet, die Ziele der Partei zu fördern und ihre Mitgliedsbeiträge fristgerecht zu zahlen.

5 Organe der Partei

1. Die Organe der Partei sind:

- der Vorstand,
- die Mitgliederversammlung,
- das Schiedsgericht.

6 Der Vorstand

1. Der Vorstand setzt sich zusammen aus:
 - zwei gleichberechtigten Vorsitzenden
 - zwei stellvertretenden Vorsitzenden
 - einem Schatzmeister
 - einem Schriftführer
2. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre. Eine Wiederwahl ist zulässig.
3. Der Vorstand vertritt die Partei nach innen und außen.
4. Beschlüsse des Vorstands werden mit einfacher Mehrheit gefasst.

7 Die Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Entscheidungsgremium der Partei.
2. Sie tritt mindestens einmal jährlich zusammen.
3. Die Mitgliederversammlung bestimmt und wählt die Kandidaten für Wahlen sowie die Mitglieder des Vorstandes.
4. Die Einladung erfolgt telefonisch, schriftlich oder per E-Mail mit einer Frist von zwei Wochen.
5. Satzungsänderungen erfordern eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder.

8 Das Schiedsgericht

1. Das Schiedsgericht ist zuständig für:

- die Klärung interner Streitigkeiten
 - die Prüfung von Wahlanfechtungen
 - die Auslegung von Satzungsfragen
2. Es besteht aus drei Mitgliedern, die nicht dem Vorstand angehören dürfen. Diese werden von der Mitgliederversammlung gewählt und deren Amtszeit beträgt zwei Jahre.

9 Finanzierung und Mitgliedsbeiträge

1. Die Partei finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und öffentliche Mittel gemäß dem Parteiengesetz.
2. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge wird von der Mitgliederversammlung festgelegt.

10 Datenschutz

1. Der Schutz personenbezogener Daten der Mitglieder wird gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) gewährleistet.
2. Die Daten dürfen ausschließlich für die interne Verwaltung und die politische Arbeit der Partei verwendet werden.

11 Auflösung der Partei

1. Die Auflösung der Partei kann nur durch eine Zweidrittelmehrheit der Mitgliederversammlung beschlossen werden.
2. Bei Auflösung fällt das Vermögen der Partei gemeinnützigen Zwecken zu.

Schlussbestimmung

Diese Satzung wurde am 10. Juni 2025 in der Gründungsversammlung der Partei Zukunft Deutschland beschlossen und tritt unmittelbar in Kraft.